

HVBG-INFO 14/2002

vom 4.6.2002

DOK 318:543.1

Versicherungsrechtliche Beurteilung von Gesellschafter-Geschäftsführern einer GmbH (§§ 2 Abs. 1 Nr. 1, 6 Abs. 1 Nr. 2 SGB VII; § 7 SGB IV);

hier: Hinweis auf Feststellungsbogen für die versicherungsrechtliche Beurteilung für den Gesamtsozialversicherungsbeitrag (vgl. dazu auch HVBG-INFO 1999, 48)

Besprechung der Spitzenverbände der Krankenkassen, des VDR und der BA
über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs
am 10./11.04.2002

Veröffentlichung: ja

3. Versicherungsrechtliche Beurteilung von Gesellschafter-Geschäftsführern einer GmbH, Geschäftsführern einer Familien-GmbH, Fremdgeschäftsführern einer GmbH und mitarbeitenden Gesellschaftern in einer GmbH;
hier: Feststellungsbogen für die versicherungsrechtliche Beurteilung

- 311 -

Die Spitzenorganisationen der Sozialversicherung haben in der Besprechung über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 06./07.11.1986 (vgl. Punkt 1 der Niederschrift¹) zur versicherungsrechtlichen Beurteilung von Gesellschafter-Geschäftsführern einer GmbH Stellung genommen. Auf der Basis dieses Besprechungsergebnisses hatte die Bundesanstalt für Arbeit im Jahre 1988 einen „Feststellungsbogen zur versicherungsrechtlichen Beurteilung von Gesellschafter-Geschäftsführern einer GmbH mit einem Kapital-/Stimmanteil von weniger als 50 v. H.“ entwickelt, der im Jahre 1996 um zwei Fragen ergänzt und - redaktionell überarbeitet - zugleich auch auf den Anwendungsfall des Geschäftsführers in einer Familien-GmbH sowie des weisungsgebundenen Fremdgeschäftsführers einer GmbH zugeschnitten wurde. In der Besprechung der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung über Fragen des gemeinsamen Beitragseinzugs am 06./07.05.1998 (vgl. Punkt 1 der Niederschrift²) wurde der Feststellungsbogen neu gegliedert und dort außerdem der Personenkreis der mitarbeitenden Gesellschafter einer GmbH einbezogen.

Die Besprechungsteilnehmer verständigen sich darauf, den bislang verwendeten Feststellungsbogen im Hinblick auf die Einführung des Euro zum 01.01.2002 anzupassen. Eine Ausfertigung des abgestimmten Feststellungsbogens liegt als Anlage bei.

Anlage s. S. 1302-1305

¹ DOK 1987 S. 213

² Die Beiträge 1998 S. 481 = HVBG-INFO 1998, 2705-2709

Die Beantwortung der Fragen ist erforderlich, damit über die Versicherungspflicht von Personen in Beschäftigungen gegen Arbeitsentgelt (§ 24 ff. SGB III) und über den Anspruch auf Leistungen entschieden werden kann. In welchem Umfang Ihre Mitwirkung erforderlich ist, ergibt sich aus § 60 SGB I, § 280 Abs. 2 SGB IV und § 98 Abs. 1 SGB X. Danach sind Sie verpflichtet, alle Tatsachen anzugeben und die notwendigen Urkunden und sonstigen Beweismittel zur Verfügung zu stellen. Bei fehlender Mitwirkung kann die Sozialleistung ggf. versagt oder entzogen werden (§ 66 SGB I).

Versicherungsnummer

Kundennummer

Zutreffendes bitte ankreuzen

Feststellungsbogen zur versicherungsrechtlichen Beurteilung eines

- Gesellschafter-Geschäftsführers einer GmbH,**
- Geschäftsführers einer Familien-GmbH,**
- Fremdgeschäftsführers einer GmbH,**
- mitarbeitenden Gesellschafters in der GmbH**

DM-Beträge für Zeltten vor dem 1.1.2002 sind in € umzurechnen (1 € = 1,95583 DM)

1. Stellung in der GmbH

1.1 GmbH

Name und Anschrift

Geschäftsführer/Gesellschafter

Name und Anschrift

- Geschäftsführer seit: _____
- Gesellschafter seit: _____
- In der GmbH beschäftigt seit: _____

1.2 Die GmbH wurde

- gegründet durch notariellen Vertrag vom: _____
- in das Handelsregister eingetragen am: _____ unter HRB Nr. _____

1.3 Bestand vor der Errichtung der GmbH bereits eine Firma?

ja nein

- Wenn ja, - Rechtsform? Einzelfirma GbR _____
- wer war vor der Firmenumwandlung Inhaber/Gesellschafter? _____

1.4 Gesellschafter, Stammeinlagen, erlernte Berufe und familiäre Bindungen:

Namen der Gesellschafter	Stammeinlagen € = v.H.	erlernte Berufe der Gesellschafter	Verwandtschafts-, Schwäger- schafts-, Ehegattenverhältnis zum oben genannten Geschäftsführer/Gesellschafter
	=		
	=		
	=		
	=		
	=		
Summe des Stammkapitals:	= 100	-	-

1.5 Bestand in der Vergangenheit innerhalb der GmbH eine andere Verteilung der Geschäftsanteile (§ 14 GmbHG)?

ja nein

Wenn ja, wie haben sich die Geschäftsanteile verteilt?

1.6 Welches Stimmrecht ist vertraglich vereinbart?

- einfache Mehrheit, sonstige Angaben: _____
- qualifizierte Mehrheit von _____ v.H., sonstige Angaben: _____
- Sperrminorität bei _____ v.H., sonstige Angaben: _____

1.7 Wird das Stimmrecht aufgrund einer vertraglichen Verpflichtung (Treuhandvertrag) zu Gunsten eines Dritten ausgeübt?

ja nein

Wenn ja, bitte Treuhandvertrag vorlegen.

1.8 Können Sie durch Sonderrechte Gesellschaftsbeschlüsse herbeiführen oder verhindern?

ja nein

1.9 Haben Sie der GmbH oder Gesellschaftern der GmbH Darlehen gewährt oder für sie Bürgschaften übernommen?

ja nein

Wenn ja, Darlehen in Höhe von _____ €

an die GmbH

an den/die Gesellschafter _____

Bürgschaft in Höhe von _____ €

gegenüber der GmbH

gegenüber dem/den Gesellschafter(n) _____

1.10 Von wem wird die GmbH nach außen vertreten?

Geschäftsführer Geschäftsbereich alleinvertretungsberechtigt

_____ ja nein

_____ ja nein

_____ ja nein

1.11 Sind Sie vom Selbstkontrahierungsverbot nach § 181 BGB befreit?

ja nein

1.12 Verfügen Sie als einziger Geschäftsführer/Gesellschafter/Betriebsangehöriger über die für die Führung des Unternehmens erforderlichen einschlägigen Branchenkenntnisse?

ja nein

1.13 Ist Ihre Tätigkeit - aufgrund von familienhaften Rücksichtnahmen - durch ein gleichberechtigtes Nebeneinander zu anderen Gesellschaftern geprägt?

ja nein

1.14 Welche Tätigkeit übten Sie bisher in Ihrem Berufsleben aus?

Tätigkeit (genaue Bezeichnung)	von - bis	selbständig	nicht selbständig
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	-	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Arbeitsrechtliche Stellung zur GmbH

- 2.1 Sind Sie ausschließlich nur im Rahmen des Gesellschaftsvertrages zur Mitarbeit verpflichtet? ja nein
- 2.2 Ist Ihre Mitarbeit in einem besonderen Arbeitsvertrag/Dienstvertrag geregelt? ja nein
Wenn ja, bitte Vertrag vorlegen.
- 2.3 Die regelmäßige tarifliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt _____ Stunden,
die tatsächliche durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit beträgt _____ Stunden.
- 2.4 Unterliegen Sie wie ein fremder Arbeitnehmer dem Direktionsrecht (Weisungsrecht) der Gesellschaft bezüglich
- Zeit ja nein
 - Ort und ja nein
 - Art ja nein
- der Beschäftigung?
- 2.5 Wird dieses Weisungsrecht von der Gesellschaft in der Praxis tatsächlich laufend ausgeübt? ja nein
Wenn ja, von wem?

- 2.6 Können Sie - ggf. von bestimmten wichtigen Geschäften abgesehen - Ihre Tätigkeit in der Gesellschaft frei bestimmen und gestalten? ja nein
Wenn ja, welche Einschränkungen bestehen?

- 2.7 Ist die Gestaltung der Tätigkeit von den betrieblichen Erfordernissen, insbesondere von dem eigenen wirtschaftlichen Interesse zum Wohle und Gedeihen des Unternehmens abhängig? ja nein
- 2.8 Können Sie selbständig Personal einstellen und/oder entlassen? ja nein
Wenn ja, in welchem Umfang (z. B. nur Aushilfen)?

- 2.9 Müssen Sie Ihren Urlaub genehmigen lassen? ja nein
- 2.10 Ist Ihre Abberufung/Kündigung zu jeder Zeit bzw. nur aus wichtigem Grund möglich? ja nein
- 2.11 Ist eine Kündigungsfrist vereinbart? ja nein
Wenn ja, von welcher Dauer?

- 2.12 Wird unabhängig von der Ertragslage des Unternehmens eine monatliche gleichbleibende Vergütung als Gegenleistung für die geleistete Arbeit gezahlt? ja nein
Wenn ja, wie hoch ist die Vergütung monatlich? _____ €
- 2.13 Wird diese Vergütung im Falle einer Arbeitsunfähigkeit weitergewährt? ja nein
Wenn ja, für welche Dauer?

- 2.14 Wird von dieser Vergütung Lohnsteuer entrichtet? ja nein

2.15 Die Verbuchung der Vergütung erfolgt

- als Lohn/Gehalt
- Betriebsausgaben
- Gewinn-Vorwegentnahme

2.16 Sind Sie am Gewinn beteiligt bzw. erhalten Sie erfolgsabhängige Bezüge (z.B. Tantiemen)?

ja nein

Wenn ja, auf welcher Basis?

2.17 Wurde in der Vergangenheit von einer Krankenkasse/einem Rentenversicherungsträger über die Versicherungspflicht ein Beitragsbescheid erlassen?

ja nein

Wenn ja, bitte beifügen.

3. Antrag auf Zustimmungserklärung der Bundesanstalt für Arbeit nach § 336 Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III)

Für den Fall der Feststellung der Versicherungspflicht in der Arbeitslosenversicherung durch die Krankenkasse / den Rentenversicherungsträger wird die Zustimmung der Bundesanstalt für

Arbeit zu dem Feststellungsbescheid beantragt

ja nein

Erklärung:

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass Änderungen in den Gesellschafts- oder Anstellungsverhältnissen zu einer anderen versicherungsrechtlichen Beurteilung führen können und es deshalb erforderlich ist, solche Änderungen der Krankenkasse umgehend mitzuteilen.

Anlagen

- Gesellschaftsvertrag
- Nachträge zum Gesellschaftsvertrag
- Treuhandvertrag (vgl. Nr. 1.7)
- Arbeitsvertrag/Dienstvertrag (vgl. Nr. 2.2)
- Entscheidung der Krankenkasse/des Rentenversicherungsträgers (vgl. Nr. 2.17)

Ort

Datum

Unterschrift des zu beurteilenden
Geschäftsführers/Gesellschafters

Erklärung eines weiteren Geschäftsführers/Gesellschafters:

- Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt.
- In den folgenden Punkten besteht mit den vorstehenden Angaben keine Übereinstimmung:

Ort

Datum

Stempel der GmbH und Unterschrift
weiterer Geschäftsführer/Gesellschafter